

DIE EUROPÄISCHE UNION-STRATEGIE DER TÜRKEI

Entschlossenheit im politischen Reformprozess
Kontinuität des sozioökonomischen Wandels
Effektivität in der Kommunikation



DIE EUROPÄISCHE UNION-STRATEGIE DER TÜRKEI

Entschlossenheit im politischen Reformprozesses, Kontinuität des sozioökonomischen Wandels, Effektivität in der Kommunikation

Der Beitrittsprozess der Türkei in die Europäische Union (EU), der bereits über einem halben Jahrhundert andauert, ist- wie schon unser Präsident darauf hinwies- das wichtigste Modernisierungsprojekt seit Ausrufung der Republik. Unsere Regierung, die sehr stark an den EU-Prozess und die Transformation innerhalb dieses Prozesses glaubt, wird - wie schon im Regierungsprogramm betont - den politischen Weg zur Vollmitgliedschaft entschlossen und konsequent fortführen. In Einklang mit diesem Ziel ist es unabdingbar, eine EU-Strategie, basierend auf konkreten Schritten und einem intensiven interaktiven Netzwerk, ins Leben zu rufen. Angesichts der sich rapide ändernden gemeinsamen Herausforderungen für die Türkei und die EU, ist es erforderlich, die Bedeutung und Wichtigkeit des Beitrittsprozesses unseres Landes bei der Gestaltung des europäischen Projekts auf eine stabilere Ebene zu bringen.

Während der Globalisierungsprozess im letzten Viertel des zwanzigsten Jahrhunderts sich immer weiter vertiefte und einen multidimensionalen Charakter gewann, haben sich die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise im Jahr 2008 am intensivsten in der Eurozone gezeigt. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die die Wirtschaftskrise mit sich brachte, zwangen die EU-Mitgliedsstaaten eine protektionistische Politik zu ergreifen und erschwerten die europäische Integration. Auch die Behauptung, dass die EU nach der größten Erweiterungswelle im Jahr 2004 in eine "Erweiterungsmüdigkeit" geraten sei, reduzierte die Bedeutung ihres wichtigsten Instruments in der Außenpolitik- der Erweiterungspolitik- und wirkte sich auch auf die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei negativ aus.

Trotz der ungünstigen aktuellen politischen und wirtschaftlichen Umstände hat die EU ihre langfristigen strategischen Ziele

aufrechterhalten. In der Tat zeigen die Dokumente zur Erweiterungsstrategie, welche jährlich von der Europäischen Kommission veröffentlicht werden, dass die Erweiterungspolitik nicht nur für die Stabilität und Sicherheit eine Bedeutung hat, sondern auch für die Erhöhung des Wohlstands und Wachstums der EU von großer Wichtigkeit ist. Im Programm von Jean-Claude Juncker, der zum Präsidenten der Europäischen Kommission gewählt wurde, ist die Stärkung der globalen Rolle der EU eines der ersten zehn Prioritäten für den Zeitraum 2014 bis 2019. Daher ist die Türkei, trotz der Probleme bei den Mitgliedschaftsverhandlungen, weiterhin ein wichtiger strategischer Partner. Darüber hinaus erhöhen die rasanten Veränderungen in der Beschaffenheit der internationalen Beziehungen und in unserer Region die strategische Bedeutung der Beziehungen zwischen der Türkei und der EU für beide Seiten. Die jüngsten dramatischen Veränderungen, von Syrien bis zur Ukraine und vom Nahen Osten bis nach Nordafrika, zwingen die Türkei und die EU gegen die globalen und regionalen Bedrohungen gemeinsam zu handeln. Insofern sind wir im Glauben, dass die EU bei den Erweiterungsverhandlungen eine harmonische Nachbarschaftspolitik verfolgen und anstelle einer nach innen gerichteten Politik eine Vision entwickeln wird, die ihrer Position als globale Macht dient. In einer solchen Periode, in der sich das Europa-Projekt mit unserer Perspektive "starke Türkei, starke EU" deckt, wird die Türkei ihren bisherigen Fortschritt weiterführen und mit sicheren Schritten ihr endgültiges Ziel entschlossen weiterhin anstreben.

Während die EU-Mitgliedstaaten mit politischen und wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen haben, erlebt die Türkei eine Umstrukturierung gekennzeichnet von drei wichtigen Säulen. Die Türkei erlebte in den letzten 12 Jahren einen spektakulären Umwandlungsprozess, dank erweiterter Demokratisierung, Verbesserungen von Freiheiten, sich in der Weltwirtschaft behaupteten wirtschaftlichen Wiederherstellung, und ihrer aktiven Außenpolitik. In dieser Zeit haben sich Millionen von Bürgern zum Mittelstand gesteigert und damit begonnen, moderne Normen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu fordern. Dementsprechend hat sich auch parallel zu den verbesserten wirtschaftlichen



Bedingungen der Bürger, das Verlangen nach Demokratie mit Recht gesteigert. Trotz aller Schwierigkeiten hat die türkische Regierung wichtige Schritte unternommen sämtliche Schichten der Gesellschaft ausnahmslos in den Demokratisierungs- und Entwicklungsprozess einzubinden. Zweifellos war das wichtigste Instrument zu diesem Zweck der EU-Beitrittsprozess. Die Tatsache, dass die EU-Beitrittsverhandlungen nun schon seit mehr als einem halben Jahrhundert andauern, stärkt die Überzeugung, dass eine Doppelmoral hinsichtlich der Türkei herrscht, die Visumhürde mit welchen die türkischen Bürger konfrontiert werden und politische Argumente wie der Zypernkonflikt beschäftigen die Tagesordnung und reduzieren die Bedeutung des EU-Beitrittsprozesses aus der Sicht der Türkei.

Die wesentlichen Dynamiken der türkischen EU-Politik, bestehen in der Verbesserung der Demokratie und Menschenrechte, Institutionalisierung der freien Marktwirtschaft und Etablierung moderner Lebensstandards in allen Bereichen. Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen im Rahmen des gemeinschaftlichen Besitzstandes der EU verändern die Türkei grundlegend und tragen dazu bei, dass sich das Land sowohl in ihrer Nachbarschaft als auch in internationalen Foren sich zu einem starken Staat entwickelt. Die Beitrittsverhandlungen, die mit der EU geführt werden, machen die Türkei in ihrer Region einzigartig. Mit wesentlichen Verbesserungen in Bezug auf die Demokratisierung und Menschenrechte während des EU-Beitrittsprozesses, hat die Türkei unter Berücksichtigung von Recht und Freiheit einen "Bürger orientierten" Ansatz entwickelt. Daher gehört der EU-Prozess zum innen wie auch außenpolitischen Grunddynamiken der Türkei.

Die Beziehungen der Türkei zur EU sind nachhaltig und stark, da sie auf einer "win-win"-Grundlage beruhen. Die Türkei und die EU haben einen gemeinsamen Nutzen in vielen Bereichen von Außenpolitik zur Wirtschaft und Handel, von der Energieversorgungssicherheit bis zur Grenzverwaltung, von der Arbeit bis zur Migrationspolitik. Bürgerkriege und Konflikte in unserer Region bestätigen die Tatsache, dass die Türkei einerseits ein Schlüsselland für die EU in Bezug auf die politische und wirtschaftliche Stabilität ist und andererseits wie entscheidend die Perspektive einer EU-Mitgliedschaft für die Stabilität der

Türkei ist. In Anbetracht dieser Tatsachen, wird die Türkei der EU aufgrund ihrer sozioökonomischen Umwandlung, ihrer dynamischen Sozialstruktur, ihrer wachsenden Wirtschaft, ihrer regionalen Macht viele Vorteile bringen. Wegen der steigenden gegenseitigen Abhängigkeit erscheint eine gemeinsame Zukunft unausweichlich.

Die Erfolgsphilosophie, die zur Gründung der Europäischen Union führte, ist die Hervorhebung des integrativen Ansatzes bei der Überwindung gemeinsamer Herausforderungen und beruht auf Fakten der Mobilisation von Aktionsmechanismen zu diesem Zweck. Auf dem Weg in die Zukunft und mit neuem Aufschwung bei der EU-Strategie wird für uns dieser Ansatz seine Eigenschaft als Leitfaden beibehalten. Die Türkei wird die Union anzielend stärkere und effektivere Beiträge leisten. Ihre starke Identität, basierend auf ihre Geschichte und der geografischen Lage, ihre globale Position und die entschlossene und grundsätzliche Haltung zur Priorität der Menschenwürde, möchte die Türkei, dass das Europa-Projekt die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts erfolgreich überwindet und einen Prozess wiederbelebt, der seinen Einfluss auf die gesamte Region überträgt. Die Türkei wird auf diesem Weg seinen authentischen Beitrag leisten. Die EU-Strategie der Türkei wird die Fortschritte, die in allen Bereichen erzielt wurden und das vorhandene enorme Potenzial beim Beitrittsprozess auf die beste Weise reflektieren.

Wie im Programm der 62. Regierung betont wird, wird der EU-Beitritt der Türkei ein strategisches Ziel sein und der Prozess hierzu mit Entschlossenheit fortgesetzt werden. Der EU-Beitrittsprozess hat durch die Position unseres Landes auf globaler Ebene, dem Selbstvertrauen durch die Menschen orientierte Politik, den es auf weite Regionen überträgt und des Ansatzes einer neuen Türkei eine höhere Bedeutung. Auch wenn die Beitrittsverhandlungen aufgrund der verschiedenen politischen Haltungen mancher EU-Länder nicht in der gewünschten Geschwindigkeit fortschreiten, werden wir unser Streben, die EU Standards zu erreichen, standhaft fortsetzen. Der EU-Beitrittsprozess ist und bleibt ein Bestandteil unserer Ziele, damit eine Türkei mit der Vision für ein stärkeres, wohlhabenderes und demokratischeres Land geschaffen werden



kann; ein Land, dass von der Nachbarschaft in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie, Politik und Sozial- sowie Kulturpolitik als Vorbild respektiert wird.

Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU bergen viele Dynamiken wie die Beitrittsverhandlungen, politische Reformprozesse, Zollunion, Gemeinschaftsprogramme, finanzielle Zusammenarbeit, Stärkung von Institutionen, Dialog zur Visafreiheit und Zusammenarbeit im Bereich der Zivilgesellschaft.

In der kommenden Periode wird der von der „Europäischen Union Strategie“ ausgehende Impuls für die türkisch-europäischen Beziehungen dazu beitragen, die Hindernisse auf dem Weg der Türkei in die EU-Mitgliedschaft zu beseitigen. Im Rahmen unseres Individuum basierten Grundsatzes, das die Interessen unseres Landes und unserer Bürger in den Vordergrund stellt, wird sowohl dem Reformprozess neuer Aufschwung verliehen als auch neue Kommunikationsbrücken zwischen der Türkei und EU, die sich gemeinsamen Herausforderungen gegenüber sehen, geschaffen.

Die „**Europäische Union Strategie**“ bildet den ersten Schritt des starken Willens ab, das im Rahmen der Ziele des Programms der 62. Regierung formuliert wurde. Die „**Europäische Union Strategie**“ besteht aus drei Hauptteilen:

- I. Politischer Reformprozess**
- II. Sozioökonomischer Wandel im Beitrittsprozess**
- III. EU-Kommunikationsstrategie**

Die Strategie bezweckt vor allem die Erzielung der EU-Standards durch einen beschleunigten Reformprozess, die Bestimmung der prioritären Schritte in Bezug auf die Verhandlungskapitel und die Verfolgung einer effektiven Kommunikation, die die Bedeutung und das Potenzial eines Bundes zwischen der Türkei und EU für den Aufbau der europäischen Architektur im Hinblick auf die regionalen und globalen Herausforderungen darlegen wird. Die „**Europäische Union Strategie**“ wird mit der Veröffentlichung des „**nationalen Aktionsplans für den EU-Beitritt**“ und der „**Kommunikationsstrategie Europäische Union**“ im November 2014 operationell.

Obwohl der nationale Aktionsplan, der parallel zum von der EU im Jahre 2008 veröffentlichten Dokument zur Beitrittspartnerschaft formuliert wurde, im Hinblick auf die Annahme des EU-Besitzstandes einen wichtigen Leitfaden darstellt, hat er seine Aktualität verloren. Daher wurde unter der Koordination des EU-Ministeriums in Zusammenarbeit mit sämtlichen Ministerien, öffentlichen Behörden und Institutionen ein „nationaler Aktionsplan für den EU-Beitritt“ vorbereitet. Der Ziel dieses Plans ist es, die Bemühungen hinsichtlich der Harmonisierung zu steuern und den Anstrengungen in Bezug auf alle Kapitel – ganz gleich ob diese politisch blockiert sind oder nicht – Impulse zu verleihen.

Der nationale Plan für den EU-Beitritt wird in zwei Phasen ausgeführt. Die erste Phase wird den Zeitraum bis 2015 beinhalten. Die zweite Phase umfasst den Zeitraum 2015-2019.

Den Schwerpunkt auf den Beitritt legend beinhaltet der Plan die notwendigen prioritären Maßnahmen einschließlich den Öffnungs- und Abschlusskriterien und die Stärkung der Verwaltungskapazitäten bei der Umsetzung.

Somit wird der Plan zu einem „Roadmap“ für die EU-Harmonisierung, das uns ermöglichen wird, in den verschiedenen Bereichen die Prioritäten festzulegen. Der Aktionsplan, der für jedes Verhandlungskapitel die erforderlichen konkreten und prioritären Schritte darlegt, wird aus drei Abschnitten bestehen, namentlich der „Harmonisierung des primären Rechts“, der „Harmonisierung des sekundären Rechts“ und des „institutionellen Strukturaufbaus und sonstigen Projekte“.

Die Kommunikationsstrategie der EU wird dazu beitragen, dass die Anstrengungen der ersten zwei Abschnitte der EU-Strategie in der Öffentlichkeit eine Bedeutung finden. Diese Strategie wird in der nächsten Periode mit Kommunikationsarbeiten an die Öffentlichkeit im In- und Ausland dargelegt werden. Diese Strategie ist eine Nachbereitung der EU-Kommunikationsstrategie, die im Jahr 2010 vom Ministerrat verabschiedet wurde und seit dem in Kraft ist. Sie wird sich nach Aktualisierung der Zielgruppen, Methoden und Instrumente auf die Kommunikationsarbeiten in der Öffentlichkeit im Inland und in der EU konzentrieren.



I. POLITISCHER REFORMPROZESS

Die Grundlage für den politischen Reformprozess in der bevorstehenden Periode werden die Weiterentwicklung und Konsolidierung der Reformen der letzten 12 Jahre in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Menschenrechte, Zivilisierung, Freiheit und Sicherheit bilden.

Grundsätzlich verliehen die Maßnahmen, die im Hinblick auf unser EU-Beitrittsziel ergriffen worden sind, einen wichtigen Impuls für unsere Reformen zur Verbesserung des Lebensstandards der Bürger, der Rechtsstaatlichkeit und der Vertiefung der Demokratie. Verfassungsbestimmungen, Justizreformen und Gesetzesänderungen, die im Rahmen der Übernahme des EU-Besitzstandes durchgeführt wurden, haben die türkische Demokratie gestärkt. Die Türkische Große Nationalversammlung verabschiedete zwischen den Jahren 2002-2004 acht EU-Harmonisierungs- und in den Jahren 2001, 2004 und 2010 wiederum drei umfassende Verfassungsänderungspakete.

Zahlreiche Gesetzesänderungen, insbesondere das kürzlich beschlossene Demokratisierungspaket und sechs Justizformpakete sind ein konkreter Hinweis dafür, dass Maßnahmen für die Umsetzung des EU-Besitzstandes entschlossen fortgesetzt werden.

Diese Reformen haben den Rang internationaler Verträge in unserem Rechtssystem gestärkt, den Umfang der Gedanken- und Meinungsfreiheit erweitert und Folter und Misshandlungen im Einklang mit dem „Null-Toleranz-Prinzip“ eliminiert. Die Reformen ebneten auch den Weg für die Institutionalisierung im Bereich der Menschenrechte und vereinfachten den Erwerb und die Veräußerung von Immobilien für nicht-muslimische Stiftungen. Darüber hinaus wurden erhebliche Verbesserungen bei der Gleichstellung der Geschlechter erzielt, die Aktivitäten von Vereinen und Stiftungen erleichtert und bedeutende Schritte unternommen, um sicherzustellen, dass türkische Bürger im täglichen Gebrauch ihre traditionellen Sprachen und Dialekte in der Öffentlichkeit verwenden können.

Wenn man die Entwicklungen im internationalen Recht in Betracht zieht, stellen die politischen Kriterien und die Anpassung an diese Kriterien einen dynamischen Prozess dar. Vor dem Beginn der Beitrittsverhandlungen hat die Türkei bereits einen großen Teil der politischen Kriterien erfüllt. Auch nach der Eröffnung der Beitrittsverhandlungen bilden die Schritte hinsichtlich des Beitrittskapitels 23 (Judikative und Grundrechte) und des Beitrittskapitels 24 (Justiz, Freiheit und Sicherheit) das Rückgrat der Erfüllung der politischen Kriterien und unseres politischen Reformprozesses. Obwohl bis heute viele Reformen umgesetzt wurden, bleiben diese Kapitel – auch im Widerspruch zu den Grundwerten der EU – politisch blockiert.

Löschen der Spuren des Militärputsches vom 12. September

Der politische Reformprozess wird im Einklang mit dem Ziel der Türkei, eine pluralistische, liberale und teilnehmende Demokratie herzustellen und unter Berücksichtigung von internationalen Normen, des Zeitgeists, der zeitgemäßen Bedürfnisse und der sozialen Forderungen ungebremst fortgesetzt. Hauptziel dieses Prozesses ist es, die Grundrechte und Freiheiten unserer Bürger zu gewährleisten und alle Hindernisse für die Nutznießung dieser Rechte und Freiheiten, ohne jegliche Diskriminierung aufzuheben. Obwohl in diesem Sinne grundlegende Gesetze und Rechtsvorschriften bereits erneuert wurden, werden alle Rechtsvorschriften, die die Spuren vom Militärputsch des 12. Septembers 1980 tragen, im Rahmen der Verfassungsänderungsarbeiten erneut überprüft.

Die Ausarbeitung einer neuen Verfassung wird es der Türkei ermöglichen, die notwendigen Öffnungen zu bewerkstelligen. Sie wird den Raum der Politik ausweiten und die Spuren der militärischen Vormundschaft entfernen. Dadurch werden die strukturellen Probleme der gegenwärtigen Verfassung, die ein Hindernis für eine stärkere Demokratie, Grundrechte und -Freiheiten darstellen- kurz gesagt die Hürden vor dem Aufbau der neuen Türkei – ausgeräumt.



Ununterbrochene Fortsetzung des Reformprozesses im Einklang mit dem EU-Besitzstand

Obwohl die einschlägigen Prüfungsberichte nicht an die Türkei weitergeleitet wurden, werden wir – ohne zu berücksichtigen, ob Verhandlungen in diesen Kapiteln eröffnet worden sind oder nicht – weiterhin eine umfassende Reformagenda zur Erreichung der Kriterien auf den Gebieten der freien Meinungsäußerung, Institutionalisierung im Bereich der Menschenrechte, Grenzmanagement, Kampf gegen das organisierte Verbrechen und der Steuerung der Migration sowie zur Erreichung der Demokratiestandards auf allen in den Verhandlungskapiteln 23 und 24 beinhalteten Gebieten entschlossen fortsetzen. Die anstehenden Reformarbeiten, die umgesetzt werden, um unsere Ziele zu erreichen, beinhalten viele bedeutende Schritte, insbesondere die Beschleunigung der Ratifizierung von seitens der Türkei bereits unterzeichneten internationalen Vereinbarungen, die Aktualisierung der Justizreformstrategie und die Umsetzung des Aktionsplans für die Prävention von Verstößen gegen die Europäische Menschenrechtskonvention.

Die Bemühungen in den Bereichen Justiz und Grundrecht werden auch zum positiven Image der Türkei in den internationalen Gremien beitragen.

Die europäische Menschenrechtskonvention, die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und der Gemeinschaftsbesitzstand werden weiterhin als Referenzen während der politischen Reform dienen.

Die Reformüberwachungsgruppe, die im Jahr 2003 für Überwachung der politischen Reformen im Rahmen des türkischen EU-Beitrittsprozesses gegründet wurde, hält ihre Sitzungen unter Beteiligung des Chefunterhändlers und Ministers für EU-Angelegenheiten, des Ministers für Justiz sowie des Ministers für Inneres und des Außenministers ab. Die Reformüberwachungsgruppe trifft Entscheidungen über die Prioritäten des politischen Reformprozesses und legt diese dem Ministerrat zur Genehmigung vor. Darüber hinaus wurde unter der Reformüberwachungsgruppe ein „Unterausschuss für politische Angelegenheiten“ bestehend aus höheren Beamten aus den relevanten Ministerien gegründet, der die getroffenen

Entscheidungen untersuchen und Vorschläge, für neue Gesetze und deren Anwendungen bringen soll. Die Arbeiten der Reformüberwachungsgruppe und des „Unterausschuss für politische Angelegenheiten“ werden Zwecks Entwicklung der nächsten Reformpakete zur EU-Harmonisierung in Zukunft beschleunigt. Des Weiteren wird bezüglich den politischen Reformen mit allen relevanten Akteuren eine Zusammenarbeit eingeleitet, die die Grundlage für zukünftige Reformen bilden wird. Richtlinien hierbei sind der EU-Besitzstand und Beispiele von best practices bei der Umsetzung.

Zunehmende Bedeutung des Gleichgewichts zwischen Freiheit und Sicherheit

In allen Bereichen werden aufgrund der neu definierten Bedrohungen und Entwicklungen, ausgelöst auch durch die Technologie, bedeutende Umgestaltungen beobachtet. Dieser Zustand hat die Bedeutung des Gleichgewichts zwischen Freiheit und Sicherheit bei der Nutzung der Rechte und Freiheiten sowie die Definition der Pflichten und Verantwortungen der Bürger erhöht. Die Türkei wird auch, ohne Kompromisse bei der Freiheit zugunsten der Sicherheit einzugehen und unter Gewährleistung der Sicherheit seiner Bürger, weiterhin wichtige politische Reformen umsetzen. In Anbetracht der Dynamik der internationalen Rechtsnormen in diesem Bereich hat die Zusammenarbeit mit der EU auf der Basis des gegenseitigen Vertrauens eine große Bedeutung.

Die Umsetzung der gesetzlichen Regelungen in den Bereichen Sicherheit, Terrorismusbekämpfung, organisiertes Verbrechen, Migration und Asyl sowie Grenzschutz gehört zu den primären Zielen für die lückenlose Gewährleistung der Grundrechte und Freiheiten. Der Visaliberalisierungsdialog, der in Einklang mit diesen Zielen nach Unterzeichnung des Rückübernahmeabkommens mit der EU am 16. Dezember 2013 begann, wird das Visumhindernis unserer Bürger aufheben und somit die Türkei und die Mitgliedstaaten der EU näher bringen. Für den erfolgreichen Abschluss dieses Prozesses werden alle notwendigen Schritte unternommen



Politische Reformen für die Erweiterung der demokratischen Grundlagen

Die bereits im Rahmen des Demokratisierungspakets unternommenen Schritte werden auf weitere Dimensionen ausgebaut. Notwendige Arbeiten für die Entwicklung der etablierten Institutionen im Menschenrechtsbereich und die Förderung ihrer Wirksamkeit werden durchgeführt und in Bereichen, wo Bedarf besteht, werden neue Mechanismen gebildet. Die Arbeit an der Verbesserung der Rechte von Frauen, Kindern und Menschen mit Behinderungen wird fortgesetzt. Projekte, zur Verbesserung der Rechte sich friedlich zu versammeln und die Freiheit sich zu organisieren, unter Berücksichtigung der damit verbundenen Beschlüsse werden durchgeführt.

Dank des liberalen Diskussionsklimas, das in der Türkei in den letzten 12 Jahren entstanden ist, äußert die Zivilgesellschaft stets ihre Meinung und ihr Anliegen. Die Fortsetzung dieses freien und transparenten Diskussionsklimas vereinfacht die soziale Integration und den Lösungsprozess und stärken die pluralistische Demokratie, die auf dem Prinzip der Nicht-diskriminierung und Gleichberechtigung von Bürgern basiert. Dieser Prozess wird den Weg der Internalisierung der Erfolge, die die politischen Reformen einbrachten, von allen Schichten der Gesellschaft ohne Diskriminierung ebnen und die Umsetzung vereinfachen.

Mithilfe dieser politischen Reformen, die in der bevorstehenden Periode umgesetzt werden, wird das Fundament der Demokratie gestärkt, sodass jeder einzelne Bürger beim Aufbau der neuen Türkei mehr Selbstbewusstsein und Verantwortung sowie Mitspracherecht spüren wird.

II. TEILNAHME AM PROZESS DES SOZIOÖKONOMISCHEN WANDELS

Die Türkei hat mit einer bemerkenswerten Entwicklung in den letzten 12 Jahren das Nationaleinkommen verdreifacht und ist mit ihrer öffentlichen Finanz- und Privatwirtschaft zu

einer der stärksten Wirtschaften in Europa geworden. Parallel zu diesen Entwicklungen haben sich Millionen von Bürgern durch sozioökonomischen Wandel zum Mittelstand gesteigert und damit begonnen, moderne Normen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu fordern. Trotz allen Schwierigkeiten hat die türkische Regierung wichtige Schritte unternommen, alle Schichten der Gesellschaft in den Demokratisierungs- und Entwicklungsprozess einzubinden. Der EU-Beitrittsprozess war hierbei für die Regierung zweifellos ein wichtiges Instrument. Der EU-Beitrittsprozess ist von der Produktion bis zum Verbrauch, von der Gesundheit bis zur Ausbildung, von der Landwirtschaft bis zur Industrie, von der Energie bis zur Umwelt, von der Justiz bis zur Sicherheit, in allen Teilen des Alltags ein großes Reformvorhaben, das grundlegende Änderungen erfordert, welches die Türkei auf einen globalen Standard tragen wird. Sämtliche Politik-, Justiz-, Wirtschafts- oder Sozialreformen, die auf dem Weg zum EU-Beitritt umgesetzt werden, steigern die Lebensstandards des individuellen Bürgers und erhöhen die wirtschaftliche Stärke, Prestige und demokratische Sicherheit unseres Landes im globalen Maßstab. Das Ziel des EU-Beitrittsprozesses für die Türkei ist es, mit dem Aufschwung, den der Prozess verursacht, in allen Bereichen des Lebens moderne Standards herzustellen und die Grundrechte und Freiheiten der Bürger zu verbessern. Der EU-Beitrittsprozess der Türkei ist für jeden Bürger ein sozioökonomischer Umwandlungsentwurf, dessen Auswirkungen auf sein aktuelles und zukünftiges Leben hat.

Der EU-Beitrittsprozess trägt nicht nur zu den sozioökonomischen Wandeln bei, sondern definiert auch die Beziehung zwischen den Bürgern und der Regierung in der Türkei. Das Bürgerkonzept, welches früher mit Verantwortungen der Regierung gegenüber identifiziert wurde, wird nun auf der Grundlage der Rechte des Einzelnen neu definiert, dank des EU-Beitrittsprozesses. Mithilfe dieser Reformen sind die unverzichtbaren Bestandteile einer Demokratie wie Transparenz, Verantwortlichkeit und Partizipation ein Teil des täglichen Lebens geworden.

Auch wenn die Türkei konkret im Jahr 1996 nach der Vereinbarung über die Zollunion begann die EU-Gesetzgebung umzusetzen, begann ein systematischer Adaptationsprozess



samt Institutionen und Regeln erst mit dem Beginn der Verhandlungen. Die Beitrittsverhandlungen der Türkei begannen am 3 Oktober 2005 mit der Annahme des Dokuments mit dem Verhandlungsrahmen. Bis jetzt wurden 14 Kapitel zur Verhandlung geöffnet, eines davon wurde vorübergehend geschlossen. Obwohl 17 Kapitel aufgrund der politischen Hindernisse blockiert bleiben, die der Rat der Europäischen Union oder einige Mitgliedsstaaten eingeführt haben, setzt die Türkei seine Adaptationsbemühungen in allen Kapiteln der EU-Errungenschaft entschlossen fort, unabhängig ob diese stillgelegt oder blockiert wurden. In den letzten zwölf Jahren hat die Türkei für die Adaptation der EU-Errungenschaft 326 primäre und 1730 sekundäre Rechtsvorschriften erlassen.

Damit der enorme Wandel in unserem Land auf eine nachhaltige und fundierte Weise stabilisiert werden kann, ist es von großer Wichtigkeit, dass die Umsetzung der Regeln und Rechtsvorschriften von einer mentalen Wandlung begleitet wird. Die Arbeitsunfälle, die sich in letzter Zeit in unserem Land gehäuft haben, zeigen wie wichtig die Umsetzung, Kontrolle und Mentalität bei den Arbeiten des EU-Besitzstands sind. Heutzutage hat die Türkei im Rahmen der EU Rechtsvorschriften zu einem großen Teil, vor allem in Bezug auf die Zollunion ausgerichtet; aber es bestehen noch immer große Mängel, was die Umsetzung und die damit verbundenen Verwaltungskapazitäten betrifft. Für die Harmonisierung mit der EU ist die Verabschiedung von Rechtsvorschriften nicht ausreichend. Eine wirksame Umsetzung der Rechtsvorschriften erfordert einen Mentalitätswandel sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor. Nur dann werden die verabschiedeten Rechtsvorschriften dem Zweck dienen. Daher werden in der bevorstehenden Periode nicht nur Arbeiten zum Verabschieden von neuen Reformen, sondern auch zur Verbesserung der Umsetzungskapazitäten intensiviert.

Die Entwicklungsagenturen, die im Rahmen der EU-Regionalpolitik zum Verringern der innerregionalen Entwicklungsunterschiede gegründet wurden und Aktivitäten zur Nutzung von EU-Fonds für regionale Entwicklungen durchführen, werden eine wesentliche Rolle übernehmen. Entwicklungsagenturen dienen als wichtige Akteure der

Wandlung, die ihren Beitrag durch Interaktion mit den Bürgern auf lokaler Ebene und der regionalen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung leisten.

Der "Nationale Aktionsplan für den EU-Beitritt", der in diesem Sinn vorbereitet wurde, wird die Prioritäten für die Fortsetzung und Stärkung der derzeitigen sozioökonomischen Wandlung darlegen und neben den zu harmonisierenden Rechtsvorschriften werden dringende Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Umsetzung von Institutionen und Verwaltungsstrukturen aufgereiht. Wenn man davon ausgeht, dass die sozioökonomische Umwandlung einer leistungsfähigen Demokratie dient, werden die Arbeiten in diesem Bereich die Grundlage der EU-Strategie der Türkei bilden.

III. EU KOMMUNIKATIONSSTRATEGIE

Am Ende des Prozesses werden die Menschen in der Türkei und der EU über die Mitgliedschaft der Türkei entscheiden. Daher ist es von großer Bedeutung, die politischen und sozioökonomischen Reformen, die die Ansicht der Türkei verändern, mit Kommunikationsarbeiten zu unterstützen, die Internalisierung der umgesetzten Reformen bei der Gesellschaft zu gewährleisten und die Kongruenz zwischen der Wahrnehmung und des effektiven Zustands der Türkei bei den EU-Ländern zu erzielen.

Dimension Inland-Kommunikation: Einerseits ist die Internalisierung und Unterstützung der Gesellschaft bei der Umsetzung der Reformen, die im Rahmen des Beitrittsprozesses umgesetzt werden. Die Wahrnehmung, dass der EU-Prozess ein Modernisierungsprojekt ist, der den Lebensstandard unseres Volkes erhöhen wird, muss in allen Schichten der Bevölkerung entwickelt werden.

Dimension Internationale-Kommunikation: Die zweite Dimension befasst sich mit der Vereinfachung der Betrachtung des genauen Bildes zur Gewährleistung einer gesunden Türkei-Wahrnehmung in der EU-Öffentlichkeit, das Einrichten des gegenseitigen Vertrauens und der Offenheit, die Kongruenz



zwischen der Wahrnehmung und des effektiven Zustands der Türkei zu erzielen und beim EU-Prozess unsere Entschlossenheit und unser Selbstvertrauen zu betonen.

Beide Dimensionen der Kommunikationsstrategie werden durch Meinungen verschiedenster Gesellschaftsklassen wie das Parlament, öffentliche Institutionen, zivilgesellschaftliche Organisationen, Universitäten, der Geschäftswelt, lokalen Verwaltungen und allen anderen Schichten der Gesellschaft bereichert und partizipativ umgesetzt. Die im Rahmen der Strategie durchgeführten Arbeiten werden nicht reaktiv, sondern proaktiv und auf Wahrnehmungen ausgerichtet sein, um so die technischen Arbeiten unterstützen zu können.

Die Europäische Union Kommunikationsstrategie, die im Jahr 2010 nach Genehmigung des Ministerrats eingeführt wurde, hat in der ersten Periode sowohl im Inland als auch im Ausland viele erfolgreiche Arbeiten umgesetzt. Insbesondere im Rahmen der Dimension im Inland wurden in den Gouvernements in 81 Provinzen je eine "EU-Koordinationseinheit" gegründet, die zur Unterstützung der lokalen Arbeiten im Zusammenhang mit der EU dienen. Den Provinzen wurden für verschiedene Programme und Projekte im EU-Bereich finanzielle Unterstützungen gewährt. Hunderte von Projekten wurden bei Nicht-Regierungs-Organisationen für die Förderung des Türkei-EU-Dialogs der Zivilgesellschaften eingeführt; die Türkei hat die höchste Zahl an Teilnehmern für das EU-Programm für Bildung und Jugend, dem Erasmus, das bisher als Programm für lebenslanges Lernen genannt wurde. Dies zeigt, dass zu den Arbeiten, die in der ersten Periode der Kommunikationsstrategie durchgeführt wurden, die Begeisterung über und das Interesse an der EU in allen Bereichen der Gesellschaft geweckt wurde.

Für den bevorstehenden Prozess werden unter Berücksichtigung der neuen Akteure und Prioritäten partizipative und proaktive Strategien in moderner Form der Kommunikation sowie mit maßgeschneiderten Kommunikationsmitteln pro Zielgruppe eingeführt.

Die Hauptziele der innenpolitischen Dimension der EU-Kommunikationsstrategie und die eigentliche Antriebskraft

unserer Reformanstrengungen sind die Unterstützung der Öffentlichkeit zu steigern und die öffentliche Meinung darin zu bekräftigen, dass die EU für unser Land ein Modernisierung und Demokratisierungsprojekt ist und in jedem Bereich unseres Lebens positive Auswirkungen haben wird. Im Einklang mit dieser Vorstellung wird die Teilnahme aller gesellschaftlichen Akteure wie Organisationen der Zivilgesellschaft, lokale/regionale/nationale Medien, Geschäftswelt, Akademiker und den lokalen Verwaltungen im Prozess auf der Grundlage deren Interessen, Erwartungen, Bedenken und Informationsbedarfs gefördert. Die Entwicklungsagenturen, deren Hauptarbeitsbereiche in der Verbesserung der Zusammenarbeit mit öffentlichen Institutionen, dem Privatsektor, lokalen Verwaltungen, Universitäten und Organisationen der Zivilgesellschaft liegt, spielen nicht nur eine wichtige Rolle in der sozioökonomischen Umwandlung, sondern auch wichtige Aufgaben bei der Umsetzung der Kommunikationsstrategie.

In der bevorstehenden Periode liegen die Schwerpunkte der Kommunikationsstrategie in der Auslandsdimension. In diesem Zusammenhang werden Aktivitäten gegenüber den Mitgliedstaaten, die über die Mitgliedschaft der Türkei zögern und bei der Gestaltung der EU einflussreich sind, prioritär behandelt. Anstelle einzelne Aktivitäten durchzuführen, wird die Kommunikationsstrategie für das Ausland auf einem flexiblen und partizipativen Ansatz basieren, welche nachhaltig ist, messbare Wirkungen hat, bei Bedarf schnell aktualisierbar ist und in der Lage ist dauerhafte Brücken zwischen beiden Gesellschaften aufzubauen. Das wichtigste Merkmal der ausländischen Dimension der Strategie ist der proaktive Ansatz, der auf die Wahrnehmung ausgerichtet ist. Es wird auch besonders betont, unsere Entschlossenheit und Aufrichtigkeit beim Prozess darzulegen. Bei der Kommunikation mit verschiedenen Segmenten der EU-Öffentlichkeit werden die Aktivitäten der zivilen Akteure wie in- und ausländischen Organisationen der Zivilgesellschaft, Universitäten und Unternehmensverbände bevorzugt. Zusätzlich zu den herkömmlichen Kommunikationsverfahren, die bei der Umsetzung der EU-Kommunikationsstrategie im globalen Zeitalter unzureichend sind, werden neue Kommunikationsstrategien wie Soziale



Medien und digitale Technologien, die den interaktiven Zugang und personalisierte organisierte Zusammenarbeiten ermöglichen wirkungsvoll genutzt.

Das europäische Projekt wird auf einer Ebene stärken, das auf einer freiwilligen Basis hervorhebt, Vision mit Pragmatismus vereint sowie das Zusammenleben und die Zusammenarbeit intensiviert. Die Tatsache, dass Bedrohungen wie Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Hassreden und Islamfeindlichkeit, die in letzter Zeit in Europa zugenommen haben, macht interkulturelle Dialoge und Harmonie zwischen Zivilisationen auf internationaler Ebene und Pionierarbeiten der Türkei zunehmend wichtiger. Die geostrategische Lage und politische Struktur der Türkei können bei der Beseitigung von Fehleinschätzungen zwischen der EU und ihrer Nachbarschaft, und bei der Aufrechterhaltung der Kernphilosophie des EU-Projekts von Vorteil sein. In diesem Rahmen wird innerhalb der EU-Kommunikationsstrategie zum Kampf mit dieser schädlichen Polarisierung versucht, eine ähnliche Initiative wie die „Allianz der Zivilisationen“-Initiative im Jahr 2005 zu entwickeln, angegliedert an die UNO, durch unseren Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan und dem spanischen Premierminister Jose Luis Rodriguez Zapatero eingeführt wurde.

Es ist äußerst wichtig, dass sich alle Schichten der Gesellschaft diese Strategie aneignen, denn sie wurde in einer Zeit entwickelt, wo die Europäische Union sowohl innerhalb der EU als auch regional und global in einer kritischen Phase befindet, und es umso wichtiger erscheint, den Sinn und die Bedeutung der Mitgliedschaft der Türkei bei der EU zu betonen und entsprechende Schritte zu unternehmen. Der Präsident hat das Jahr 2014 das Jahr der EU erklärt. Die 62. Regierung unterstrich ihre Entschlossenheit zum EU-Prozess. Jedoch ist der EU-Beitrittsprozess, die jeden Teil der Gesellschaft beeinflussen wird, nicht nur eine Angelegenheit der Regierung, sondern auch eine Angelegenheit, die die ganze Gesellschaft interessieren muss. Daher kann der Beitrittsprozess der Türkei nur mit der Teilnahme und dem Beitrag unseres Volkes vollendet werden. Auch diese Strategie wird in dem Maße in dem es unter anderen von unseren öffentlichen Instituten, von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Geschäftswelt, Universitäten und sonstigen Akteuren verinnerlicht, wird das Ziel erreichen.

